

Berlin, den 13. Juni 2022

Positionspapier

Wie unlängst dem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz veröffentlichten Pressehintergrund zu entnehmen war, plant die Bundesregierung eine Reduktion des Einsatzes von Kraftstoffen aus Nahrungs- und Futtermittelpflanzen (Biokraftstoffe der 1. Generation). Der Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V. (AFM+E) vertritt die Interessen der unabhängigen, mittelständischen Energiehandelsunternehmen und -importeure in Deutschland. Die hinter dem Verband stehenden 33 Unternehmen sehen es als ihre Aufgabe, die Energieversorgung jederzeit flächendeckend und verlässlich sicherzustellen und sind eine tragende Säule der Versorgungssicherheit in Deutschland. Wir möchten zu den von Ihnen vorgebrachten Plänen daher gerne eine Stellungnahme abgeben und unsere Bedenken zu dem Vorhaben darlegen. Biokraftstoffe haben zum heutigen Zeitpunkt den unangefochten größten Anteil an den erneuerbaren Energien im deutschen Verkehr und tragen damit am meisten zur Erreichung der sektoralen Klimaziele bei. Mit dem Verkehrssektor als drittgrößtem Verursacher von Treibhausemissionen nach Energiewirtschaft und Industrie tragen Biokraftstoffe somit auch einen entscheidenden Teil zur Erreichung der übergeordneten Klimaziele bei. So konnten allein im Jahr 2020 durch Biokraftstoffe über 13 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Vorwiegend dient hierfür Anbaubiomasse als Grundstoff, da dieser aktuell in großen Mengen verfügbar ist. Eine Reduktion des Einsatzes würde daher zum jetzigen Zeitpunkt faktisch eine Aufgabe der avisierten Klimaschutzziele im Verkehrssektor bedeuten. Dies kann in der bestehenden Klimakrise so von der Politik keinesfalls gewollt sein.

Auch ein Ausspielen gegen eine andere aktuelle Krisenlage, den Krieg in der Ukraine mit all seinen Konsequenzen, sollte nicht erfolgen. Selbstverständlich gilt es, den notleidenden Menschen in der Ukraine zu helfen und ebenfalls die Ernährungssicherheit weltweit zu gewährleisten. Es sollte jedoch genau beleuchtet werden, ob tatsächlich die Verwendung von Anbaubiomasse zur Kraftstoffherstellung potentiell zu jenem Problem führt, oder ob nicht die russische Blockade der Ausfuhrwege aus ukrainischen Häfen, die Nichtverfügbarkeit von Dünger und der Anstieg der Kraftstoffpreise aktuell zu starken Preisanstiegen bei sowie einer Verknappung von Lebensmitteln sowohl in wirtschaftlich schlechter gestellten Abnehmerstaaten in Nordafrika als auch in der Ukraine führen. Zudem ist hier zu bedenken, dass das Nichterreichen der Klimaschutzziele langfristig weitere Ernährungskrisen nach sich ziehen wird. Dies ist schon heute der Fall. Hungerkrisen sind sowohl ein Problem der ungerechten weltweiten Verteilung von Roh- und Nahrungsstoffen, als auch der im westlichen Raum verbreiteten Mentalität der Lebensmittelverschwendung, als auch des Klimawandels, der zu weltweiten Dürren und damit mangelnder Anbaufläche führt. Dieses Problem wird in der Zukunft bei Nichterreichen der Klimaziele nur zunehmen.

Gleichzeitig bleiben Biokraftstoffe aktuell die einzige wirkliche Option, um die Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor jetzt und heute zu senken. Die Elektromobilität spielt mit ca. 1,2 % des Fahrzeugbestands nach wie vor eine untergeordnete Rolle im deutschen Verkehr, der Verbrennungsmotor bleibt somit eine aktuell nicht von der Hand zu weisende Realität, die sich nicht von heute auf morgen umkehren lassen wird. Um die geforderte und sehr wünschenswerte Reduktion der Treibhausgasemissionen zu erzielen, bleiben mithin als Erfüllungsoptionen lediglich flüssige Kraftstoffalternativen. Der Wasserstoffhochlauf steckt jedoch in Deutschland nach wie vor in den Kinderschuhen, seine Derivate wie z.B. synthetische Kraftstoffe werden aktuell quasi nicht gefördert und sind daher am Markt nicht verfügbar. Das Potential von Biokraftstoffen aus Rest- und Abfallstoffen ist zudem begrenzt. Es verbleibt mithin zum jetzigen Zeitpunkt als einzige reale Chance die Nutzung von Biokraftstoffen aus Nahrungs- und Futtermittelpflanzen oder, wenn die Erfüllung der Verpflichtungen der THG-Quote lediglich auf dem Papier erreicht werden soll, die direkte Zahlung der Pönalen, was wohl kaum gewollt sein kann.

Die vorgebrachten Pläne können mithin nur eine Abkehr von den hochgesteckten Klimazielen der Bundesregierung und der europäischen Union sein. Hierzu ist zudem noch zu sagen, dass die Umsetzung der RED II in deutsches Recht vor nicht einmal einem Jahr erfolgt ist. Ein so baldiges Umschwenken der politischen Richtung schadet sowohl dem Vertrauen der innerdeutschen Wirtschaft in die Politik, als auch dem Vertrauen ausländischer Partner und Investoren in die Verlässlichkeit Deutschlands. Bewusst wurde für die Gesetzgebung ein Zeithorizont von zehn Jahren vorgesehen, um die Umstellung für die Wirtschaft und die Verbraucher planbar und transparent zu gestalten und zudem Investitionssicherheit zu schaffen. Diesen Ansatz nach nur einem Jahr bereits wieder über Bord zu werfen, ist inakzeptabel.

Zudem würde eine Reglementierung von Kraftstoffen aus Bioanbaumasse nicht nur die Kraftstoffe treffen. Vielmehr ist die Produktion von Biokraftstoffen in einen differenzierten Wertschöpfungsprozess eingebunden, in dem diverse Koppel- und Nebenprodukte für die Herstellung von Lebensmitteln, Futtermitteln und Pharmaprodukten entstehen, die dann ebenfalls betroffen wären.

Ferner muss in die Überlegungen ebenfalls das Thema Versorgungssicherheit einbezogen werden. Das Problem der Energieversorgungssicherheit für Deutschland und Europa wird in der aktuellen öffentlichen Debatte zu Recht stark thematisiert. Die Einschränkung bzw. Aufgabe von Biokraftstoffen würde zu einer weiteren Festigung der Abhängigkeit von Importen fossiler Energieträger aus Russland oder anderen Ländern führen, eine Realität, die es in der aktuellen weltpolitischen Lage dringend zu vermeiden gilt.

Zusammenfassend sind unsere Bedenken wie folgt:

- **Biokraftstoffe lieferten 2020 mit über 13 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr den größten Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr und sind wesentlich für die Erreichung der Klimaschutzziele.**
- **Werden Biokraftstoffe regulativ begrenzt oder eliminiert, so erhöht dies die Abhängigkeit von fossilen Rohölimporten und vermindert die Versorgungssicherheit.**

- **Anpassungen der Rahmenbedingungen des Biokraftstoffmarktes in derart kurzen zeitlichen Abständen und während der laufenden Novellierung auf EU-Ebene erschüttern das Vertrauen in die Bundesregierung und schaden der Investitionssicherheit und Deutschland und Europa.**
- **Ernährungsunsicherheiten und Hungerkrisen und das damit verbundene menschliche Leid müssen selbstverständlich an oberster Stelle stehen, hier wird momentan jedoch an den falschen Stellschrauben gedreht wird und in einem gewissen Maße Symbolpolitik und Aktionismus betrieben. Wenn die Politik ernsthaft ein Interesse am Klimaschutz und der Vermeidung von zukünftigen Problemen der gleichen Güte wie den heutigen hat, müssen entweder andere Erfüllungsoptionen möglich gemacht werden oder sich ernsthaft mit den oben genannten, eigentlichen Problemen und deren Lösung auseinandergesetzt werden.**

Wir bitten Sie darum, unsere Argumente in der aktuellen Diskussion mit zu berücksichtigen. Zu Gesprächen und der Erarbeitung konstruktiver Lösungen sind sowohl wir, als auch andere Beteiligte gerne bereit.